Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Press release
Kiel, 19.07.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Universität Flensburg: Regierung soll Bildungslücken schließen

Nach einem Gespräch mit dem Rektorat der Universität Flensburg fordert die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk, die Landesregierung auf, etwas mehr Kompetenz in Sachen grenzüberschreitender Hochschulbildung zu demonstrieren:

In Flensburg gibt es rund 800 Studierende in grenzüberschreitenden Studiengängen. Die Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet klappt hervorragend und in den gemeinsamen Studiengängen steckt noch sehr viel Entwicklungspotential. Die Landesregierung muss endlich diesen Erfolg honorieren und den Ausbau der zukunftsweisenden Ausbildungen weiter fördern.

In Flensburg wird die viel beschworene Ostseezusammenarbeit der Hochschulen bereits seit 10 Jahren praktiziert. Aber leider lässt das Bildungsministerium bisher nicht erkennen, dass man die besonderen Bedingungen solcher internationalen Ausbildungsgänge verstanden hat. Es wirkt so, als ob das Wissen um die Universität Flensburg am Nord-Ostsee-Kanal aufhört. Die Landesregierung sollte endlich ihre Bildungslücke in Sachen Hochschulstandort Flensburg schließen.

Leider steht im Vordergrund der aktuellen Debatte im Land, welche Hochschulen zusammengelegt werden. Die Zukunft der Hochschulen liegt aber nicht in der Schaffung weniger großer Hochschulen, sondern in einer sinnvollen Profilbildung der verschiedenen Hochschulstandorte in Schleswig-

Holstein. Zu einer nachhaltigen Entwicklung der Hochschullandschaft gehört, dass man sich auf die Stärken der verschiedenen Standorte besinnt. Die Universität Flensburg hat als einzige im Land bereits bewiesen, dass sie mit zweisprachigen Studiengängen erfolgreich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit meistern kann. Das sollte sich in der Politik der Regierung widerspiegeln.